

# Druck auf Sozialhilfe-Chefin wächst

**Dübendorf** Nachdem die Juso die Entlassung der umstrittenen Leiterin der Sozialhilfe forderte, zieht ein Mitglied der Piratenpartei jetzt mit einer Strafanzeige nach.

Lukas Elser

Eine Zeit lang schien es, als hätten sich die Wogen um die Sozialhilfe der Stadt Dübendorf geglättet. Nach dem Skandal von 2016, als öffentlich wurde, dass die Leiterin der Sozialhilfe fremdenfeindliche Posts, unter anderem von der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD), auf Facebook geteilt hat, wurde es bald ruhiger um die Chefin.

## In Anlehnung an NPD-Skandal

Seit ein paar Tagen ist die Sozialhilfe aber wieder in aller Munde. Anlass war ein Bericht des «Tages-Anzeigers», in dem zwei Sozialhilfe-Empfänger über schikanöse Behandlung im Sozialamt berichteten. Vorwürfe, mit denen sich das Amt neben dem Rechtsextremismus-Skandal in der Vergangenheit immer wieder konfrontiert sah. So hatten sich Betroffene an die Medien gewandt und beklagt, dass das Amt ihre Anliegen nicht ernst genommen, sie schlecht behandelt und diskriminiert haben soll. Einige hätten vom Amt so genug gehabt, dass sie nun freiwillig auf Sozialhilfe verzichten würden, heisst es auch im neuesten Artikel.

Letzte Woche schaltete sich die Juso Zürcher Oberland ein und forderte angesichts der «schockierenden Zustände» die Entlassung der Amtsleiterin (wir berichteten). Und nun doppelt ein weiterer Politiker nach: Daniel Peter von der Piratenpartei Zürich hat die Chefin der Sozialhilfe wegen Amtsmissbrauch angezeigt.

## Rechtsextreme Politiker

Auch Peter beruft sich auf den Bericht des «Tages-Anzeigers» und spart nicht mit Vorwürfen: «Dass rechtsextreme Politiker wie Andreas Glarner oder Ulrich Schliker gegen Sozialhilfe-Empfänger hetzen, das ist das eine, aber wenn Menschen in Not unter der politischen Gesinnung von Mitarbeitenden des Sozialamts zu leiden haben, dann geht das eindeutig zu weit und ist so nicht hinzunehmen», schreibt er auf Facebook.



Das Sozialamt Dübendorf steht erneut in der Kritik. Archivfoto: Thomas Bachler

Für ihn sind die aktuellen Klagen keine Einzelfälle, sondern deuten auf eine «politische Tendenz» der Sozialhilfe-Chefin bei ihrer Amtsleitung: Dass erst ein NPD-Post von der Leiterin geteilt wird und das Amt anschliessend immer wieder durch negative Gesuche und verschleppte Anträge kritisiert wird, zeigt seiner Meinung nach, wie das Sozialamt Dübendorf seine Klienten systematisch gängelt.

Sozialhilfe-Empfänger seien der Willkür der Beamten und derer persönlichen politischen Einstellung ausgeliefert, schreibt Peter in seinem Blog. Explizit will er der Leiterin aber keinen Rassismus vorwerfen. Nur dies, sagt er auf Nachfrage: «Die Amtsleiterin ist gegenüber ihren Klienten nicht wohl gesonnen.»

## Ombudsstelle in der Kritik

Weiter kritisiert der Zürcher den Dübendorfer Stadtrat. Seine Ver-

sprechen, für eine bessere Stimmung im Amt zu sorgen, habe er nicht erfüllt: «Die 2016 von der Stadt geschaffene Ombudsstelle zur Überwachung des Amtes erzielte keinen Erfolg, sonst würde es nicht zu solchen Fällen kommen.»

## Alte Debatte

In seiner Arbeit als Job-Coach bei einer kirchlichen Beratungsstelle betreue er Menschen mit Migrationshintergrund, sagt Peter. Dabei sei er öfter mit der «ungerechten Behandlung von Ausländern durch die Ämter» konfrontiert.

Die Debatte um das Amt und seine Chefin, die jetzt wieder aufgeht, scheint weder Stadtrat noch Behörden zu beeindrucken. Bei einer Anfrage hatten weder Stadtschreiber Martin Kunz noch Stadtpräsident André Ingold (SVP) erst aufgrund der Anfrage vom ZO/AvU Kenntnis von der Anzeige.

Sozialvorsteherin Jacqueline Hofer (SVP) gibt sich wortkarg. Sie gibt schriftlich Auskunft, betont, dass die Vorwürfe in der Anzeige über die Vorfälle hinausweisen, die jüngst durch die Medien bekannt wurden, und stärkt ihrer Amtsleiterin den Rücken: «Ich habe eine unabhängige Untersuchung in Auftrag gegeben. Bevor die Resultate dieser Abklärung vorliegen, nehme ich dazu keine Stellung, und die betroffene Mitarbeiterin genießt mein volles Vertrauen.»

## SVP: «Hetzkampagne»

Als die Sozialhilfe-Chefin 2016 durch ihre NPD-Posts auffiel, gab es als einzige disziplinarische Massnahme eine Verwarnung. Und als der damalige Sozialvorsteher Kurt Spillmann (SVP) 2017 über die neu geschaffene Ombudsstelle eine erste Bilanz zog, war er zufrieden: «Es war viel Lärm um nichts», zitiert

ihn der «Tages-Anzeiger» in seinem Fazit zur Affäre.

So ruhig wie auf der Führungsebene sehen die Dübendorfer Lokalpolitiker die Angelegenheit nicht. So bezeichnet die SVP die Entlassungsforderung der Juso im «Glattaler» als «Hetzkampagne». Sie kritisieren, dass die betroffene Amtschefin sich als Einzelperson nicht gegen die Vorwürfe wehren kann.

Die Grünen wiederum werfen dem Stadtrat eine passive Haltung gegenüber der Amtsleiterin vor: «Der Stadtrat hat es versäumt, die nötigen personellen Konsequenzen zu ziehen», schreiben sie im Parteien-Forum der Zeitung. Und sie kritisieren die Exekutive für ihre intransparente Haltung in der Geschichte: «Der Stadtrat hält Berichte des Ombudsmanns unter Verschluss», heisst es. Sie wollen, dass diese künftig auch für Gemeinderat und Medien offengelegt werden.

## «Personal soll den Anweisungen der Räuber Folge leisten»

**Dübendorf** Am Dienstagabend wurde eine Poststelle in Dübendorf überfallen. Der bewaffnete Mann erbeutete mehrere hundert Franken und flüchtete auf einem Roller.

Am Dienstagabend hat ein Mann in Dübendorf eine Postfiliale an der Ueberlandstrasse überfallen. Das teilt die Kantonspolizei mit. Der Mann war bewaffnet und hat in der Poststelle zwei Angestellte bedroht und mehrere hundert Franken erbeutet. Verletzt wurde niemand.

Kurz vor 18 Uhr betrat der mit einem Motorradhelm maskierte Mann die Postfiliale an der Ueberlandstrasse in Dübendorf. Mit vorgehaltener Faustfeuerwaffe forderte er von den Angestellten die Herausgabe von Bargeld. Mit der Beute verliess er die Post, stieg auf einen Roller und fuhr in Richtung Volketswil davon. Die sofort eingeleitete Fahndung verlief bislang ohne Erfolg.

## Zeugenaufruf

Die Kantonspolizei sucht Zeugen des Vorfalls. Der Mann wird auf 30 bis 40 Jahre geschätzt. Er soll zirka 165 bis 170 cm gross und von mittlerer Statur sein. Er trug dunkle Kleidung und einen schwarz-weissen Motorradhelm. Er sprach mit einem osteuropäischen Akzent. Der Unbekannte verstaute das Deliktgut in einem militärgrünen Sack oder Beutel und flüchtete mit einem Roller.

Achmedi Bardhyl führt gleich nebenan einen Coiffeursalon. Er hat nichts von dem Vorfall mitbekommen, lediglich vom Polizeieinsatz im Anschluss. «Ich habe ja gearbeitet.» Ein Kunde, der gerade am Rauchen war, habe jedoch gesehen, wie der Täter geflüchtet sei. «Er hat nachher der Polizei alles berichtet.» Mitarbeitende in anderen umliegenden Geschäften haben ebenfalls nichts Auffälliges bemerkt, wie sie gegenüber dem ZO/AvU sagen.

## Geld vor Leben

Post-Mediensprecher Markus Werner sagt, ein Überfall stelle für die Betroffenen eine grosse Belastung dar. «Deshalb unternehmen wir alles, damit ein Überfall möglichst gar nicht erst stattfindet.» Dazu gehören laut Werner auch regelmässige Schulungen für die Mitarbeitenden, zum Beispiel auch in Form von Rollenspielen. Der Schwerpunkt liege dabei darauf, wie Überfälle möglichst bereits im Vorfeld verhindert werden können. Aber auch das Verhalten bei einem Überfall sei Thema dieser Schulungen. So stehe das Leben der Kunden klar an erster Stelle: «Das Personal soll den Anweisungen der Räuber nachkommen, bevor ein Leben gefährdet wird», sagt Werner.

Falls ein Überfall doch geschieht, stehe den betroffenen Mitarbeitenden die Sozialberatung der Post zur Verfügung. «Dort finden sie professionelle, fachlich geschulte Ansprechpersonen.»

Personen, welche Angaben zum Vorfall in Dübendorf, zum Täter oder zur Flucht machen können, werden gebeten, sich bei der Kantonspolizei Zürich, Telefon 044 247 2211, zu melden. (zo)

# SVP will dem Stadtrat bei seiner Kommunikation helfen – und scheitert

**Uster** Die amtlichen Mitteilungen der Stadt Uster sorgen weiterhin für Gesprächsstoff.

Die Verwirrung ist gross: In einem Postulat fordern drei Gemeinderäte etwas, das es bereits gibt. Als sie darauf hingewiesen werden, wollen sie ihre Forderung nicht zurückziehen. Und jetzt, als der Stadtrat auf ihr Postulat antwortet, sagen die Gemeinderäte, sie hätten dem Stadtrat lediglich bei seiner Kommunikation helfen wollen.

So geschehen in Sachen E-Mail-Newsletter für die amtlichen Publikationen der Stadt Uster. Das Parlament hat letzten Herbst entschieden, dass man amtliche Publikationen in Zukunft vor allem digital auf der eigenen Website publizieren will und der «Anzeiger von Uster» nicht mehr amtliches Publikationsorgan sein soll. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Ein Argument: Die Bring-

schuld der Stadt, was Informationen angeht, werde in eine Holschuld der Bevölkerung umgewandelt. Künftig müsse man sich seine Informationen selber zusammensuchen.

Um diesem Argument den Wind aus den Segeln zu nehmen, reichten die Gemeinderäte Markus Ehrensperger, Giuseppe Bianchi und Christoph Keller von der SVP, die die digitale Kommunikationsstrategie der Stadt befürworten, ein Postulat ein. Die Forderung: Der Stadtrat solle in einem E-Mail-Newsletter interessierte Bürgerinnen und Bürger über die amtlichen Publikationen informieren.

## Unnötige Leerläufe?

Doch einen solchen E-Mail-Newsletter gibt es schon, was GLP-Gemeinderätin Ursula Räuflin den

Postulanten damals in einem offenen Brief mitteilte. Mitsamt der Forderung, ihre Gemeinderatskollegen sollten das Postulat zurückziehen und die Verwaltung nicht unnötig beschäftigen. Die SVP verursache «mit vielen und deshalb teilweise schlecht recherchierten Vorstössen unnötige Leerläufe» in Politik und Verwaltung, kritisierte Räuflin.

Die Postulanten hielten jedoch an ihrem Postulat fest. Man wisse zwar, dass es einen solchen Newsletter gebe, doch die Stadt weise zu wenig darauf hin, so die Meinung der SVP-Gemeinderäte. Dieser Meinung ist SVP-Gemeinderat Markus Ehrensperger auch heute noch – nachdem der Stadtrat sich offiziell zum Postulat geäussert hat.

Dies hat er Anfang Woche in einer Stellungnahme getan, die

eher einer Anleitung gleicht: Im Detail erklärt die Regierung, wie man vorzugehen hat, um den tatsächlich bereits existierenden Newsletter für die Amtlichen zu abonnieren. Und lehnt das Postulat der drei Gemeinderäte erwartungsgemäss ab.

## Eine Chance bieten?

Ehrensperger ist enttäuscht: «Wir wollten dem Stadtrat die Chance bieten, in seiner Stellungnahme öffentlichkeitswirksam darauf hinzuweisen, welche verschiedenen Möglichkeiten es auch in Zukunft geben wird, um sich über das politische Geschehen in der Stadt zu informieren.» Diese «Chance» habe der Stadtrat nicht genutzt. Es sei gar nicht so sehr darum gegangen, ob der Stadtrat das Postulat gutheisse, denn den Newsletter gebe es ja

eben schon. Man habe vielmehr eine zusätzliche Kommunikationsmöglichkeit im Kampf gegen das Referendum schaffen wollen.

«Vielleicht ist der Versuch mit dem Postulat hintenraus gegangen», gesteht Ehrensperger ein. Damit es wenigstens im Gemeinderat noch zu einer Diskussion komme, werde man am Postulat weiterhin festhalten. «Wir rennen in Sachen E-Mail-Newsletter offene Türen ein. Aber wir wollen mit einem Feuerwerk darauf hinweisen, dass die Türen offen sind.» Das Postulat wird voraussichtlich am 18. März behandelt. Am 19. Mai soll die Abstimmung über das amtliche Publikationsorgan der Stadt Uster stattfinden.

Laura Cassani